



Massnahmen im Pandemiefall

Neue WHO-Regeln: Aktionsbündnis fordert Veto des Bundesrats

Bekannte Figuren der Corona-Skeptiker-Szene sehen die Schweizer Souveränität gefährdet, sollten die Vorschriften der Weltgesundheitsorganisation übernommen werden.

Edgar Schuler
Publiziert heute um 05:43 Uhr

🗨️ ↗️ 📄



Tretet aus der Weltgesundheitsorganisation aus: Demonstration gegen die WHO im Frühling 2024 in Bern.
Foto: Marcel Bieri

Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren. [Bot/Fix](#) [Abo abschliessen](#) [Login](#)

Auf der [Homepage](#) des «Aktionsbündnisses freie Schweiz» [?](#) tickt ein Countdown. Er zählt die Tage, Stunden, Minuten und Sekunden bis zum 27. März nächsten Jahres. Bis dahin, verlangt das Aktionsbündnis, müsse die Schweiz ihr Widerspruchsrecht gegen die neuen Vorschriften der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausüben.



«Ohne diesen Widerspruch wird die Schweiz ihre Souveränität in Gesundheitsfragen verlieren», sagt Andrea Staubli.

Die Juristin und Mediatorin engagiert sich in dem Aktionsbündnis. Auf die Frage, was sie dazu bewege, wird Staubli grundsätzlich: «Den Erhalt der Werte wie Freiheit, Eigenverantwortung und Stabilität erachte ich als unabdingbar für das Wohlergehen der Schweizer Bevölkerung.» Mit ihrem Fachwissen hat sie Widersprüche in den WHO-Papieren aufgefunden gemacht.

Bekannte Gesichter der Skeptiker-Szene

Neben Staubli, die politisch bisher nicht in Erscheinung getreten ist, gehören dem Aktionsbündnis bekannte Gesichter der Corona-Skeptiker-Szene an: der frühere «Weltwoche»-Journalist und SVP-Nationalratskandidat Philipp Gut, der Gesundheitsökonom Konstantin Beck oder der Zürcher Anwalt Gerald Brei, [der in öffentlichen Vorträgen](#) [?](#) vor einer «Gesundheitsdiktatur» warnt.

Die Bewegung engagiert sich laut Andrea Staubli für eine Schweiz ganz ohne WHO: ohne Pandemiepakt, ohne internationale Gesundheitsvorschriften und ohne revidiertes Epidemiegesezt.

Nachdem die WHO-Versammlung Anfang Juni den [Pandemiepakt vorläufig aufs Eis gelegt](#) hat, fokussiert sich das Aktionsbündnis auf die Anpassung der internationalen Gesundheitsvorschriften.

Denn im Gegensatz zum Pakt wurde diese Anpassung am 1. Juni verabschiedet – mit dem Einverständnis von Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider und damit der Schweiz.

Seither tickt die Uhr auf der Website.

Das Aktionsbündnis ruft den Bundesrat dazu auf, sein Widerspruchsrecht auszuüben und die Änderungen abzulehnen.

Im Innendepartement von Bundesrätin Baume-Schneider ist das Bundesamt für Gesundheit (BAG) zuständig dafür, wie sich die Schweiz bei der WHO positioniert. Es war an der Ausarbeitung der Gesundheitsvorschriften beteiligt.

«Wir werden sorgfältig prüfen»

Auf die Forderung an den Bundesrat, das Widerspruchsrecht auszuüben, geht das BAG auf Anfrage nicht ein. «Wir werden sorgfältig prüfen, welche Auswirkungen die neuen Vorschriften auf unser nationales Recht haben, und dann entsprechend handeln», sagt BAG-Sprecher Simon Ming. Die Grundrechte seien in der Schweiz durch die Bundesverfassung und das Völkerrecht geschützt. «Die Schweiz schliesst keine Staatsverträge ab, die dagegen verstossen.»



Gesundheitsökonom Beck sagt dagegen: «Es besteht die Gefahr, dass die WHO Pandemie-Notfälle ausruft, die auf blossen Vermutungen basieren. Es fehlt eine Instanz, die diese Entscheide überprüfen und korrigieren kann.»



«Es fehlt eine Instanz, die WHO-Entscheide korrigieren kann», sagt Gesundheitsökonom Konstantin Beck.
Foto: PD

Das BAG betont aber, es gebe «klare Kriterien» für die Ausrufung eines pandemischen Notstandes. Mehrere Bedingungen müssten gleichzeitig erfüllt sein, sagt Simon Ming. Es komme unter anderem auf die Schwere der gesundheitlichen Bedrohung an sowie auf die Geschwindigkeit der Ausbreitung und die internationale Dimension der Krise.

Eine nationale Beurteilung der Gefährdungssituation sei auch gemäss den neuen WHO-Vorschriften erforderlich, heisst es beim BAG. Glaubt man dem Bundesamt, wird auch in einer nächsten Pandemie der Bundesrat über Lockdowns, Maskenpflicht und Zertifikate bestimmen. Und das unabhängig davon, ob die WHO solche Massnahmen empfiehlt.

Ein weiterer strittiger Punkt ist der Umgang mit Falschinformationen. Die WHO-Vorschriften verpflichten die Länder zur Bekämpfung von Fehlinformationen. Andrea Staubli kritisiert: «Dies ist ein direkter Angriff auf unsere Meinungsfreiheit.» Die WHO könne entscheiden, welche Informationen wahr und welche falsch seien. «Das ist schlichtweg inakzeptabel.»

BAG-Sprecher Ming widerspricht: «Die WHO kann Empfehlungen an ihre Mitgliedsstaaten aussprechen, auch zu Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Diese sind jedoch nicht rechtsverbindlich.»

Sind die Vorschriften rechtsverbindlich?

Das Aktionsbündnis ist jedoch immer noch überzeugt, dass die WHO-Gesundheitsvorschriften für die Schweiz rechtsverbindlich sind. Es hat dafür eigens ein Rechtsgutachten bei der renommierten Staatsrechtsprofessorin Isabelle Häner in Auftrag gegeben.

Die Spezialistin für öffentliches Recht schreibt: «Massnahmen im Zusammenhang mit der Prävention, Vorbereitung und Bekämpfung von zukünftigen Pandemien verlangen nach einer möglichst grossen demokratischen Legitimation.» Fehle diese, entstehe bei der Bevölkerung der Eindruck, man wolle ihr etwas verheimlichen. «Das gilt es zu vermeiden.»

Darum kommt Häner wie auch das Aktionsbündnis zum Schluss, dass der Bundesrat sowohl den Pandemiepakt (wenn er von der WHO tatsächlich verabschiedet wird) als auch die Gesundheitsvorschriften dem Parlament zur Genehmigung vorlegen muss. Zudem müssten beide Dokumente dem fakultativen Referendum unterstellt werden – am Schluss könnte es also zu einer Volksabstimmung kommen.

Im Parlament hat das Aktionsbündnis in diesem Punkt starke Unterstützer: Die Mitte-rechts-Mehrheit des Nationalrats [fordert vom Bundesrat, dessen WHO-Beschlüsse zur Genehmigung vorzulegen](#).

Die Frage wird nach den Sommerferien aktuell. BAG-Sprecher Ming sagt, der Bundesrat werde im Herbst 2024 über das weitere Vorgehen in dieser Sache entscheiden.

Das ist noch vor Ablauf des Countdowns auf der Website des «Aktionsbündnisses freie Schweiz».

STREIT UM DIE WHO

- Abi** Widerstand gegen neue Abkommen
Diktiert uns die WHO künftig die Pandemie-Massnahmen?
- SVP und Mass-voll warnen**
Droht der Schweiz eine Gesundheitsdiktatur? Das steht im WHO-Pandemiepakt
- «Arena» zur Stopp-Impflicht-Initiative**
Journalist vergleicht Corona-Zeit mit Apartheid – «eine Frechheit», findet Jostisch

NEWSLETTER [Der Morgen](#) Der perfekte Start in den Tag mit News und Geschichten aus der Schweiz und der Welt. [Einloggen](#)

Edgar Schuler ist Inlandredaktor mit Schwerpunkt Politik und verfasst regelmässig den Newsletter «Der Morgen». [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden](#).

0 Kommentare